

Minister Oeser über die Erfurter Vorgänge

Erste Auffassung der Regierung, daher ungläubige Zeugnisse. — Gegenbewegung der Beamten.

Berlin, 26. Juni.

Im Hausparlament der Preussischen Landessammlung erklärte der Minister Oeser über die Vorgänge bei der Eisenbahndirektion Erfurt u. a.:

Die Erfurter Vorgänge müssen im Zusammenhang mit den überall unter Eisenbahnen betriebenen kadiblen Agitation betrachtet werden. Sie fanden ihren Ausdruck auf den Eisenbahner-Kongressen in Frankfurt a. M. und Berlin, wo das Wort fiel: „Der die Eisenbahn in der Hand hat, hat die Hand an der Gurgel des Staates“. Die Erfurter Bewegung richtete sich gegen technische und administrative Beamte. Erzbischof für den 17. Juni eine Audienz der Arbeiter über die Beschwerden beantragt worden war, wurde am 15. Juni der hiesige Reichspräsident und einige Exponenten von ihren Stellen abgesetzt und ein mittlerer Beamter zum Präsidenten ausgerufen.

Die Ereignisse wurden von der Regierung so ernst beurteilt, daß sie ihre Abhilfe, den Status quo ante wiederherzustellen, durch die Anwesenheit militärischer Macht den erforderlichen Nachdruck gab. In der Besprechung des Ministers mit den Führern der Bewegung in Berlin am 19. Juni wurde mit dem Vorgehen in Erfurt ausdrücklich als ungesetzlich anerkannt und der Minister erklärte sich bereit, lächtlichen Arbeitern und mittleren Beamten mehr als bisher die Möglichkeit des Aufstiegs in höhere Stellen zu geben. Der Minister hat ferner zugesagt, von Maßregelungen bei den Erfurter Vorgängen beteiligten Personen abzusehen. Bei der Verhandlung wurde die Zurückziehung der Regimentsstruppen in Aussicht gestellt (Politisch immer nur nachgedacht). Inzwischen sind die Beamten der Reichsregierung notwendig erschienen, deren Abzug der Truppen noch hinausgeschoben. Zur Unterdrückung der Beschwerden gegen mehrere Beamte, sandte der Minister einen Kommissar mit entsprechenden Vollmachten nach Erfurt. Nach dem dortigen Verhandlungsergebnis hat der Minister sich bereit erklärt, einleitend worden waren, kam es in der Nacht zum 21. Juni unter tätiger Mitwirkung des derzeitigen Ministerpräsidenten Bauer zu einer neuen Vereinbarung über die Errichtung eines Komitees bei der Erfurter Direktion, für das 11 Vertreter der Beamten und Arbeiter ernannt wurden. Eine amtliche Festsetzung des Komitees ist noch nicht erfolgt. In Erfurt wird ferner ein mit einem geeigneten Arbeiter zu beauftragendes Komitee errichtet werden.

Der Minister teilte schließlich mit, daß der Betrieb in Erfurt nicht wieder aufgenommen wurde und daß sich dort eine Gegenbewegung der Beamten eingestellt habe, die weitere Schritte zu ziehen sei.

(Beschlüsse haben in Halle auch schon die Eisenbahnbeamten Stellung zu den Erfurter Vorfällen genommen.)

Die Trauer über den Frieden

Berlin, 26. Juni.

Am der Trauer über die Unterzeichnung des Friedens Ausbruch zu geben, sind die Vorlesungen an der Universität heute ausgefallen. Statt dessen fand in der Wandelhalle der Universität eine eindrucksvolle Trauerkundgebung statt, an der sich die Dozenten, die Universitätsbeamten und die Studenten zahlreich beteiligten. Der Rektor der Universität, Geheimrat Dr. Mittel, hielt eine Ansprache, in der er ausrief, daß die Stunde dreierlei von uns erheische:

Das Gefühl der Gemeinshaft müsse wieder erwachen, das Gefühl der Verantwortlichkeit des Einzelnen für die Gemeinshaft, schließlich müßten im Vaterland führende Männer erwachen. Zu all dem müßte die akademische Jugend beitragen.

Am Ende einer Rede der Studentenführer der akademischen Studentenschaft, deren Ziel es sei, an diesem Wiederaufbau mitzuwirken.

Seindliche Hege

Berlin, 26. Juni.

Oberflächliche und französische Mütter bringen eine Warnung vor der Hege, wonach die polnische Geandtschaft in Wien folgende angeblich aufgefangene Kundgebung der deutschen Regierung in Händen habe:

„Regierung wird unterzeichnen. Trotzdem wird der Krieg für 6 Monate für die Polen erklärt. Die Regierung wird sich offiziell widerlegen, inoffiziell aber das Unternehmen mit allen Kräften unterstützen.“

Die Gründe für diese Falschmeldung sind durchsichtig. Dennoch sei mit allem Nachdruck festzuhalten, daß die Regierung sich ein Telegramm nicht abgeben und sich eine Haltung nicht einnehmen hat. Nur ist es nach dem furchtbaren (schweren) Entschluß der Unterzeichnung unbedingt erst mit der Durchführung des Vertrages. Allerdings kommt dieser Entschluß ohne ihre Schuld in ein gewisses Licht, wenn einzelne, wie zum Beispiel der General Hoffmann, erklären, daß sie auch gegen den Willen der Regierung die Bestimmungen des Vertrages nicht anerkennen und sich im Geheime widerlegen werden. Gegen solche unverantwortliche Falschmeldungen der Reichspresse wird die Regierung ihre nötigen Mittel anwenden. Gegen General Hoffmann ist bereits das Erforderliche veranlaßt worden. Die Korrespondenz, die sich nicht geändert hat, das Reich mit der Verbreitung der Hoffmannschen Falschmeldung zu schädigen, hat der Reichsregierung in die Hände gespielt. Die Hoffmannschen Falschmeldungen und Warnungen auf eigene Faust sind Ausflüsse einer irreführenden Vaterlandsliebe, die der Gesamtheit teuer zu stehen kommen.

Französische Propaganda

Das Rheinland selbständig.

Amsterdam, 26. Juni.

Der Berichterstatter des „Allgemeinen Handelsblatt“ in Rheiland schreibt aus Köln, er erfahre aus Kreisen, die von den Vätern der Entente vollständig unterrichtet seien, daß die Franzosen sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages eine große Propaganda zugunsten der Bestreitung des linksrheinischen Gebietes von Preußen veranlassen wollen in der Absicht, einen selbständigen Staat zu errichten. Die Engländer werden nach den Informationen des Berichterstatters nichts dagegen unternehmen. In den Bestimmungen über die Befreiung der Rheinlande, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werden sollen, ist alles vorbereitet, was dem Plane der Franzosen förderlich sein kann. Es ist nicht beabsichtigt, auch rechtsrheinisches Gebiet an diesen Zustand zu übergeben.

Erzberger bleibt in seinem Amt

Berlin, 26. Juni.

Reichsfinanzminister Erzberger behält die Leitung der Waffenstillstandskommission und die Abwicklung der Geschäfte bei. Mit seiner allgemeinen Stellvertretung über die Ministerialrat Franz von Siedemann betraut worden.

Berlin, 26. Juni.

Die Waffenstillstandskommission wird abgesetzt. Ihre Arbeiten gehen auf die entsprechenden Reichsämter über. Ein großer Teil auch auf das Auswärtige Amt, wo ein besonderes Interaktionssekretariat zur Abwicklung der Friedensfragen errichtet wird.

Berlin, 26. Juni.

General Hoffmann wurde zur Disposition gestellt. Sein künftiges Eisenbahnerleben. Der Schließlichen Aufgabe bezieht der Eisenbahner auf. Nach den Zusagen des Reichspräsidenten werden nunmehr die Lohnforderungen in erste Reihe gestellt. Außerdem erklärt sich der Eisenbahner mit den Forderungen der Reichsregierung abzugeben.

Preußenparlament

Das Vertrauensvotum für die Reichsregierung

Berlin, 26. Juni.

Im Ministerrath: Hirsch. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30 Min. Die Besprechung der künftigen Vorlage des Reichsfinanzgesetzes (U. S.) über die Stellung der Regierung und der Landesverwaltung zur Unterzeichnung des Friedens wird fortgesetzt. Hierzu liegt folgende Entschließung der Reichsregierungspräsidenten Graf v. Helldorf-Briesbach vor:

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der festeren Bestimmung, den Frieden zu schließen. Die Reichsregierung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen. Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Trotzdem war in der entscheidenden Stunde ein Eingreifen der preussischen Regierung für die Unterzeichnung des Friedens geboten.“

„Ein Antrag der Reichsregierungspräsidenten wird folgenden Inhalt haben: Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Das Eintreten der preussischen Regierung für die Abklärung der Unterdrückung war daher geboten.“

„Der Antrag der Reichsregierungspräsidenten wird folgenden Inhalt haben: Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

„Die Landesverwaltung ist mit dem ganzen Volk einig in der Bestimmung, den Frieden zu schließen.“

